



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

DER KALI-KRIEG

- EDITORIAL
Vor Vilnius: Der Kali-Konflikt im Spannungsfeld von Östlicher Partnerschaft und Zollunion
Astrid Sahn, Berlin 2
- ANALYSE
Der Kali-Krieg zwischen Belarus und Russland
Walerij Karbalewitsch, Minsk 4
- STATISTIK
Außenhandel und Kaliexport 7

- CHRONIK
Vom 16. Juli bis 15. Oktober 2013 17



IBB Internationales
Bildungs- und Begegnungswerk



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Belarus-Analysen
werden unterstützt von



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

Vor Vilnius: Der Kali-Konflikt im Spannungsfeld von Östlicher Partnerschaft und Zollunion

Astrid Sahn, Berlin

Der Kali-Konflikt zwischen Belarus und Russland verursacht bereits seit drei Monaten Schlagzeilen in der westlichen Presse. Zunächst schien der Konflikt eine vorrangig wirtschaftliche Angelegenheit zu sein. Durch den Ausstieg aus der gemeinsamen Kali-Vertriebsgesellschaft (BKK) wollte der russische Kali-Produzent »Uralkali« offensichtlich die Übernahme des belarussischen Konzerns »Belaruskali« vorbereiten. Diese Absicht hätte sich eingefügt in unterschiedliche Anläufe von russischer Seite, sich die Filetstücke der belarussischen Wirtschaft anzueignen. Abgesehen vom erzwungenen Verkauf des Konzerns »Beltransgas« vermochte sich die belarussische Führung jedoch bisher erstaunlich erfolgreich den russischen Übernahmegelüsten zu widersetzen. Auch im Falle von »Belaruskali« scheint die Rechnung des russischen Konzerns »Uralkali« nicht aufzugehen. Mit der Verhaftung des Generaldirektors von »Uralkali« Wladislaw Baumgartner ist der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka vielmehr erfolgreich in die Offensive gegangen.

Russische Interessenlage

Denn dieser Schritt hat bisher nicht zu massiven Gegenmaßnahmen der russischen Führung gegen Belarus geführt, um die Freilassung Baumgartners durch Druck zu erreichen. Stattdessen droht dem mutmaßlichen Initiator der Auflösung des BKK-Kartells, dem russischen Oligarchen Sulejman Kerimow, der Verlust seiner Anteile an »Uralkali«. Werden diese Anteile tatsächlich auf einen neuen Eigentümer übertragen, der als Kreml-loyal gilt, dann hätte das Vabanquespiel Lukaschenkas den russischen Präsidenten Putin de facto in seiner Strategie unterstützt, die staatliche Kontrolle über die zentralen Wirtschaftsakteure seines Landes weiter auszubauen. Daraus lässt sich schließen, dass die Aufkündigung des BKK-Kartells durch »Uralkali« nicht mit der russischen Präsidialadministration abgestimmt gewesen ist.

Die zurückhaltende Reaktion der russischen Führung dürfte jedoch nicht in erster Linie durch ihre innerrussischen wirtschaftspolitischen Interessen zu erklären, sondern vor allem strategischen geopolitischen Prioritäten geschuldet sein, wie Walerij Karbalewitsch in seiner nachstehenden Analyse des Kali-Konflikts zwischen Belarus und Russland ausführt. Seine zentrale These lautet, dass die belarussische Führung vor dem EU-Gipfel in Vilnius keinerlei Sanktionen für

unangemessenes Verhalten von russischer Seite fürchten muss, da jede Form von bilateraler Konflikteskalation kontraproduktiv wäre für ihr Bestreben, die anderen an der EU-Initiative »Östliche Partnerschaft« beteiligten postsowjetischen Staaten zum Beitritt zur Zollunion zu gewinnen und insbesondere die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zwischen der EU und der Ukraine zu verhindern.

Lukaschenkas Etappensieg

Genau aus diesem Grunde ist der Triumph Lukaschenkas im Kali-Konflikt, den Walerij Karbalewitsch in seinem Beitrag ausführlich beschreibt, vorerst nur ein Etappensieg. Von den drei strategischen Zielen, die Karbalewitsch als handlungsbestimmend für die belarussische Führung bestimmt, hat Lukaschenka bisher lediglich das innenpolitische Ziel erreicht: die Steigerung der Zustimmungsrates zu seiner Politik in der belarussischen Bevölkerung. Den jüngsten Meinungsumfragen des unabhängigen Internationalen Forschungsinstituts für sozial-ökonomische und politische Studien (IISEPS) zufolge hätten 42,6% der Wähler im September 2013 für Lukaschenka gestimmt. Damit hat Lukaschenka erstmals wieder das Rating erreicht, das er im März 2011 vor dem Beginn der Währungskrise hatte. Noch im Juni 2013, d. h. vor dem Kali-Konflikt, hatte es lediglich bei 37,3% gelegen.

Im Hinblick auf Russland besteht der Erfolg Lukaschenkas bisher vor allem darin, dass Russland auf massive Gegenmaßnahmen verzichtet hat. Es gibt jedoch keine feste Zusage über Entschädigungszahlungen, ebenso ist offen, ob der Generaldirektor von »Uralkali« nach seiner Überführung nach Russland dort tatsächlich angeklagt wird. Und auch der Verkauf der Anteile Kerimows an »Uralkali« ist noch nicht abgeschlossen, da dieser – entsprechend seiner gängigen Geschäftsstrategie, sich nicht langfristig an Unternehmen zu binden, sondern in möglichst kurzer Zeit einen maximalen Profit zu erzielen – einen möglichst hohen Verkaufspreis zu erzielen versucht. Eine Wiederherstellung des gemeinsamen belarussisch-russischen Vertriebskartells ist damit derzeit nicht in Reichweite. Da nach dem Vilnius-Gipfel der zentrale Anlass für die Zurückhaltung der russischen Führung im Kali-Konflikt entfällt, ist zu erwarten, dass die russische Seite dann Wege finden wird, um den belarussischen Präsidenten für sein provokatives Verhalten in die Schranken zu weisen.

Ergebnislose EU-Gespräche

Während Russland damit noch Chancen hat, nach dem Vilnius-Gipfel den aktuellen Eindruck zu revidieren, dass Lukaschenka der Weltmacht die Spielregeln in den bilateralen Beziehungen zu diktieren vermag, ist offensichtlich, dass die in den letzten Monaten erfolgte Intensivierung der Kontakte zwischen Belarus sowie der EU und ihren Mitgliedsstaaten zu keiner Annäherung zwischen beiden Seiten geführt hat. Die Hoffnung, dass unter litauischer Ratspräsidentschaft sich ein neues »Fenster der Gelegenheit« für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern ergeben könnte, hat sich nicht erfüllt. Das Kooperationsangebot, das im Belarus-Bericht des litauischen Europaabgeordneten Justas Paleckis enthalten war, der im September 2013 im Europäischen Parlament verabschiedet wurde, ist von belarussischer Seite nicht aufgegriffen worden. So war die belarussische Führung bisher nicht bereit, auf die von der EU formulierte Minimalbedingung für die Wiederaufnahme engerer Beziehungen einzugehen, die in der Freilassung und Rehabilitierung der verbliebenen politischen Gefangenen besteht. Stattdessen versteifte sich die belarussische Diplomatie auf die Erwartungshaltung, dass die Einladung der EU zur Teilnahme am Vilnius-Gipfel an den belarussischen Präsidenten gerichtet sein müsse.

Das zentrale Interesse der belarussischen Führung besteht derzeit darin, die finanzielle Liquidität des Landes zu sichern. Die Phase der engeren Kooperation zwischen Belarus und der EU in den Jahren 2008–2010 hat gezeigt, dass der sich hieraus für Belarus kurzfristig ergebende wirtschaftliche Nutzen nicht die von Russland durch reduzierte Gas- und Ölpreise bereit gestellten Subventionen ersetzen kann. Denn diese gingen zwischen 2008 und 2010 von 15 % auf 3,7 % des belarussischen BIP zurück. Inzwischen haben die russischen Subventionen wieder das Niveau vor dem Intermezzo der belarussischen Annäherung an die EU erreicht, 2012 lagen sie bei 15,9 %. Ein eventueller neuer Kredit des Internationalen Währungsfonds würde den Handlungsspiel-

raum des belarussischen Regimes gegenüber Russland erweitern, aber nicht die strukturelle Abhängigkeit der belarussischen Wirtschaft von russischen Subventionen aufheben. Dies gilt auch für EU-Förderprogramme, die zudem nicht nur an staatliche Stellen, sondern auch an zivilgesellschaftliche Akteure in Belarus adressiert sind.

Perspektiven

Damit verbunden ist die Befürchtung, dass engere Beziehungen zur EU auch die Funktionsfähigkeit des von Lukaschenka aufgebauten politischen Systems schwächen könnte. Diese Angst ist gleichsam – um den Begriff von Walerij Karbalewitsch aus seiner Analyse des Kalikonflikts zu verwenden – ein »posttraumatisches Syndrom«, das Lukaschenka seit den Protesten nach den Präsidentschaftswahlen vom 19. Dezember 2010 verfolgt. Angesichts dieser Ausgangslage konnte nicht erwartet werden, dass die litauische Ratspräsidentschaft einen Durchbruch in den Beziehungen zwischen Belarus und der EU erreichen werde. Doch immerhin hat sie das Bewusstsein dafür geschärft, dass die positive Perspektive einer konkreten Kooperationsagenda ein zentrales Element der EU-Politik gegenüber Belarus sein muss. Und es bleibt die Hoffnung, dass der Abschluss des Assoziationsabkommens mit der Ukraine, sofern er planmäßig erfolgt, eine positive Dynamik entfaltet, die auch der belarussischen Bevölkerung und Elite das Gefühl vermittelt, in »Europa willkommen« zu sein. Denn die Annahme, bei der EU keine Chance zu haben, gehört bisher zu den zentralen Argumenten des Lukaschenka-Regimes zur Begründung des aktuellen Status quo in den außenpolitischen Beziehungen des Landes. Entscheidend hierfür ist auch, welche Schlussfolgerungen Russland aus dem Verlauf des EU-Gipfels in Vilnius für seine weitere integrationspolitische Strategie zieht und ob Belarus seine Schlüsselstellung als Köder, dessen privilegierte Stellung andere postsowjetische Staaten in das russische Integrationsprojekt locken soll, beibehält. Im letzteren Falle dürfte Russlands Reaktion im Kalikonflikt auch nach Vilnius moderat bleiben.

Über die Autorin:

Dr. Astrid Sahn, geb. 1968, ist Politikwissenschaftlerin und derzeit als Leiterin der Berliner Repräsentanz des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks in Dortmund tätig.

Lesetipp:

Michael Emerson and Harant Kostanyan: Putin's grand design to destroy the EU's Eastern Partnership and replace it with a disastrous neighborhood policy of his own, Centre for European Policy Studies Commentary, 17.9.2013, <www.ceps.eu/ceps/dld/8391/pdf>

Der Kali-Krieg zwischen Belarus und Russland

Walerij Karbalewitsch, Minsk

Zusammenfassung:

Kalidünger ist für Belarus neben Erdölprodukten das zentrale Exportgut und damit eine wichtige Deviseneinnahmequelle. Nachdem Russland in 2012 bereits die belarussischen Dividenden aus dem Erdölexportgeschäft beschnitten hat, drohte die Ende Juli 2013 erfolgte Aufkündigung des gemeinsamen Kali-Vertriebskartells durch den russischen Konzern »Uralkali« eine weitere wichtige Säule des belarussischen Außenhandels zu zerstören. Die belarussische Führung versuchte daher mit allen Mitteln eine Revision dieses Schritts sowie Schadensersatz zu erreichen und verhaftete Ende August überraschend den Geschäftsführenden Direktor von »Uralkali«. Bisher fiel die Reaktion der russischen Führung auf diesen Affront jedoch erstaunlich zurückhaltend aus. Der nachfolgende Artikel analysiert die Gründe, warum die vom belarussischen Präsidenten Lukaschenka angewandte Taktik der politischen Geiselnahme im Falle Moskaus offensichtlich erfolgreich ist.

Die Entscheidung des russischen Konzerns »Uralkali«, seine eigene Produktion nicht länger über die Belarussische Kali-Vertriebsgesellschaft (BKK) zu verkaufen und aus der Kooperation mit dem belarussischen Konzern »Belaruskali« auszusteigen, hat ein Erdbeben auf dem Weltmarkt für Kali-Salze ausgelöst. Denn dieser Markt war bisher das Monopol einiger weniger Akteure. So kontrollierten »Uralkali« und »Belaruskali« gemeinsam 42% des weltweiten Exports von Kalidüngern. An zweiter Stelle folgte das aus drei Konzernen bestehende nordamerikanische Exportkartell »Canpotex« mit einem Weltmarktanteil von 30%. Beide Kartelle beherrschten folglich über 70% des weltweiten Verkaufs von Kalidüngern. Damit konnten »Uralkali« und »Belaruskali« Großabnehmern, wie China und Indien, die Konditionen und Preise diktieren. Der Ausstieg von »Uralkali« aus der gemeinsamen Vertriebsgesellschaft bedeutete die Aufgabe dieser Monopolstellung. Dementsprechend ist der Preis für Kali auf den Weltmärkten in den Keller gegangen.

Das Ende des Monopols

Einen Erklärungsansatz für die Ende Juli erfolgte Aufkündigung des BKK-Kartells durch »Uralkali« sehen Experten darin, dass der russische Konzern sich für eine Dumping-Taktik entschied, d. h. die Preise für seine Waren künstlich senkte, um den Markt für sich zu erobern und die Konkurrenten zu verdrängen. Für Belarus hatte dies unmittelbare Folgen. Allein durch den gesunkenen Weltmarktpreis dürfte »Belaruskali« jährlich 1 bis 1,5 Mrd. US-Dollar an Einnahmen verlieren. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass »Belaruskali« über keine eigenständigen Vertriebsstrukturen verfügt, um seine Kali-Produkte ohne die Vermittlung von »Uralkali« zu verkaufen. Deswegen ist der belarussische Konzern hektisch auf der Suche nach neuen Partnern und versucht eine eigene Vertriebsgesellschaft aufzubauen. Ende August musste »Belaruskali« jedoch

zunächst in zwei seiner vier Bergwerke den Betrieb einstellen und die Mitarbeitergehälter um ein Drittel kürzen. All dies geschieht in einer Situation, in der das Land unter einem akuten Devisenmangel leidet.

Abgesehen vom enormen wirtschaftlichen Schaden stellte der Zusammenbruch des BKK-Kartells jedoch auch einen schweren psychologischen Schlag für den belarussischen Präsidenten dar. Lukaschenka nahm die Aufkündigung des Kartells durch »Uralkali« als persönlichen Verrat wahr und sann auf Rache. Die aktuelle belarussische Politik wird somit wesentlich von einem »posttraumatischen Syndrom« bestimmt. De facto hat Belarus dem Konzern »Uralkali« und damit zugleich auch Russland den Krieg erklärt. Der Beginn des Konflikts erinnert an einen politischen Krimi oder sogar einen Thriller: Der Generaldirektor von »Uralkali« Wladislaw Baumgertner wird – auf persönliche Initiative des russischen Premiers Dmitrij Medwedjew – zu Verhandlungen mit dem belarussischen Premierminister Mjasnikowitsch nach Minsk eingeladen und dort am 26. August verhaftet. Dies geschieht im Rampenlicht der Öffentlichkeit: Das Fernsehen zeigt den Generaldirektor von »Uralkali« demonstrativ in Handschellen, und in den staatlichen Medien findet eine groß angelegte Propagandakampagne statt.

Lukaschenkas Rache

Die juristischen Aspekte dieser skandalösen Verhaftung sind nebensächlich. Da in den Abkommen zur Bildung des BKK-Kartells vergessen wurde, die Regeln für den Austritt eines Teilnehmers aus dem Kartell zu bestimmen, kann »Uralkali« für seinen Schritt juristisch überhaupt nicht zur Verantwortung gezogen werden. Doch die Beziehungen zwischen den Bündnispartnern Belarus und Russland entwickeln sich außerhalb des rechtlichen Raums. Den Vertretern von »Uralkali« wird vorgeworfen, sich bei den Geschäften im BKK-Kartell durch

Manipulationen und Machtmissbrauch bereichert zu haben. Aber die Geschäftsführung des Kartells war paritätisch besetzt. Es kann daher nicht sein, dass nur die russischen Vertreter Schuld tragen und die belarussischen Vertreter keine Verantwortung haben. Die belarussische Seite stellte sogar stets den Generaldirektor des BKK-Kartells. Von diesem werden dementsprechend alle Unterlagen unterschrieben, er ist für die laufenden Geschäfte verantwortlich – und damit auch für Manipulationen und Machtmissbrauch. Verhaftet wurde jedoch Wladislaw Baumgertner, welcher innerhalb des BKK-Kartells lediglich Vorsitzender des Aufsichtsrats ist, der sich nur einige Male im Jahr trifft. Der frühere Generaldirektor des BKK Walerij Iwanau wurde hingegen am 25. Juli 2013 zum stellvertretenden Vorsitzenden der belarussischen Präsidialadministration ernannt.

Der entscheidende Vorteil von Aljaksandr Lukaschenka gegenüber seinen Konkurrenten besteht darin, dass er bereits alle in der Politik geltenden Normen und Regeln verletzt hat. Entsprechend der Devise »Ist der Ruf erst ruiniert ...« muss er in dieser Hinsicht keinerlei Rücksichten mehr nehmen. Daher schreckt er auch nicht davor zurück, dass Instrument der Geiselnahme einzusetzen. Belarus ist damit weltweit das einzige Land, wo Geiselnahme zu einem Hauptinstrument der Außenpolitik geworden ist. Und der belarussische Präsident ist dabei, daraus eine hohe politische Kunst zu machen. Als Probleme mit der katholischen Kirche auftraten, wurde der Priester Lasar verhaftet. Und nun wurde Wladislaw Baumgertner in Geiselhaft genommen.

Strategische Ziele

Schwieriger ist die Frage, welche politischen Ergebnisse die politische Führung abgesehen von dem Motiv der Rache erreichen möchte. Aus den öffentlichen Auftritten Lukaschenkas lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

1. Minsk möchte eine finanzielle Entschädigung für die Entlassung von Wladislaw Baumgertner von »Uralkali« erhalten. Dem belarussischen Ermittlungskomitee zufolge hat die russische Firma dem Land einen Schaden von 100 Mio. US-Dollar zugefügt. Man kann davon ausgehen, dass dies auch der Preis für die Freiheit von Wladislaw Baumgertner ist. Darüber hinaus hat Minsk erklärt, dass Baumgertner nur dann freigelassen werde, wenn in Russland ein Verfahren gegen ihn eingeleitet würde, so dass er in ein russisches Gefängnis überführt werden könne.
2. Minsk verlangt einen Austausch des Eigentümers von »Uralkali« und möchte, dass der Konzern anschließend wieder in das BKK-Kartell zurückkehrt.
3. Mit Hilfe der groß angelegten Propagandakampagne soll das Rating von Aljaksandr Lukaschenka gesteigert werden, in dem der Präsident angesichts

der zunehmenden wirtschaftlichen Probleme als derjenige erscheint, der Belarus vor den hinterhältigen russischen Oligarchen schützt. Damit ist auch der Feind klar bestimmt, dem die Schuld für die anhaltende, sich vertiefende Finanzkrise des Landes zugeschoben wird.

Begrenzter Handlungsspielraum Putins

Die russische Führung befindet sich in einer schwierigen Lage. Denn einerseits ist die Verhaftung eines Topmanagers auf so brutale Weise ein Schlag für das Ansehen Russlands und seinen Anspruch auf den Status einer Weltmacht. Denn zusätzlich zur Verhaftung Baumgertners hat das belarussische Ermittlungskomitee auch gegen den Oligarchen Sulejman Kerimow, welcher der größte Einzelaktionär von »Uralkali« ist, ein Verfahren eingeleitet. Da Kerimow zudem noch Mitglied des Russischen Föderationsrats ist, war Russland gezwungen zu reagieren. Andererseits ist der Handlungsspielraum von Wladimir Putin beschränkt. Der Kreml hat sich daher gegen eine Eskalation des Konflikts entschieden. Hierfür lassen sich eine Reihe von Faktoren als Gründe bestimmen, die zweifellos auch die belarussische Seite berücksichtigt hat, als sie den Kali-Krieg eröffnete.

An erster Stelle ist der geopolitische Faktor zu nennen. Im Vorfeld des EU-Gipfels in Vilnius hat sich der Kampf zwischen Russland und der EU um die Kontrolle im postsowjetischen Raum verschärft. Brüssel plant in Vilnius mit mehreren Staaten, die sich an der Initiative »Östliche Partnerschaft« beteiligen, weitergehende Integrationsabkommen zu unterzeichnen. Um dies zu verhindern, hat Moskau eine massive Gegenattacke unternommen. Gegen die Ukraine wurde ein exemplarischer Zollkrieg geführt. Armenien wurde gezwungen, seinen Beitritt zur Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan zu erklären. Das Einfuhrverbot für Weine aus Moldawien bewerten Experten ebenfalls als Druckausübung auf Moldawien, um das Land zur Integration in das von Moskau dominierte Bündnis zu bewegen. Für die russische Führung kam der Kalikrieg mit Belarus daher zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt.

Vertreter der belarussischen Führung und die staatlichen belarussischen Medien betonten zudem nachdrücklich, dass es sich um keinen Konflikt mit dem russischen Staat handle, sondern um eine Auseinandersetzung mit »Uralkali« sowie dem gerissenen Sulejman Kerimow und seiner Mannschaft. Da die Oligarchen in Russland unbeliebt sind, war Lukaschenka der Beifall der russischen Wählerschaft sicher. Eine Verteidigung des Hauptaktionärs des russischen Kalikonzerns hätte dem russischen Präsidenten somit keine politischen Dividenden gebracht. Zudem gehört Kerimow zum Clan von Dmitrij Medwedjew. Das Ansehen Keri-

mows ist selbst in der durchaus kriminell veranlagten russischen Business-Elite schlecht, ihm wird die Beteiligung an feindlichen Übernahmen vorgeworfen. Außerdem tauchten Gerüchte auf, dass er der russischen Opposition Finanzmittel zukommen habe lassen.

Beschwichtigungsversuche des Kremls

Angesichts dieses widersprüchlichen Umfelds setzte Moskau auf eine kombinierte Taktik von Zuckerbrot und Peitsche. So kündigte Russland an, die Erdöllieferungen im 4. Quartal zu reduzieren. Ebenso wurde die Auszahlung der letzten Rate des Kredits aus dem Eurasischen Antikrisenfonds in Höhe von 440 Mio. Euro verzögert. Gleichzeitig versuchte der Kreml, Lukaschenka friedfertig zu stimmen. Mit dem Präsidenten des Konzerns »Rosneft« Igor Setschin, »Gasprom«-Chef Aleksej Miller und dem Leiter der »Sberbank« Germann Gref reisten am 12./13. September drei Top-Manager der größten staatlichen Business-Strukturen Russlands nach Minsk und wurden vom Präsidenten empfangen. Zudem kamen sie nicht mit leeren Händen, sondern brachten Geschenke mit: So bot Germann Gref Investitionen in Höhe von 800 Mio. US-Dollar für die Erdölraffinerie in Mosyr und das belarussische Automobilwerk (BelAS) und übermittelte außerdem die angenehme Nachricht, dass der Kredit in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar, den die »Sberbank« in 2011 an »Belaruskali« gegen eine Regierungsgarantie ausgezahlt hatte, refinanziert werde. Dies ist für Belarus von außerordentlicher Bedeutung, denn das Land verfügt derzeit nicht über die zur Schuldentrückzahlung erforderlichen Devisen.

Desweiteren berichteten die russischen Medien, dass der Hauptaktionär von »Uralkali« Sulejman Kerimow eiligst seine Anteile am Konzern verkaufen wolle, wodurch unter den Oligarchen ein Konkurrenzkampf um den Kauf dieses Aktienpakets ausgelöst wurde. Denn Belarus könnte mit seiner Kriegserklärung dem russischen Konzern großen Schaden zufügen. Nicht nur droht den leitenden Managern eine Verhaftung durch Interpol. Belarus hat auch die Möglichkeit, sich an die Gerichte anderer Länder zu wenden und dort den Einzug des Eigentums von »Uralkali« zu verlangen, um dadurch den »Belaruskali« entstandenen Schaden zu ersetzen. Durch die langwierige gerichtliche Auseinandersetzung wäre der russische Konzern partiell paralysiert.

Die belarussische Seite versprach der russischen Führung mehrmals, den Generaldirektor von »Uralkali« freizulassen. Am 19. September erklärte der belarussische Präsident persönlich bei einer Sitzung: »Wenn die russischen Ermittlungsorgane an der Ausweisung des Inhaftierten interessiert sind, so sehe ich hier keine besonderen Hindernisse. Wir hängen absolut nicht an ihm.« Die russische Staatsanwaltschaft erklärte sich dementsprechend bereit, die von den belarussischen Rechtsorganen

gegen »Uralkali« erhobenen Vorwürfe zu verfolgen, und leitete ebenfalls ein Untersuchungsverfahren ein. Ein Moskauer Gericht stellte einen Haftbefehl für Baumgertner aus. Der Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka und sein Stellvertreter reisten sogar eigens nach Minsk, um eine Lösung des Problems herbeizuführen.

Lukaschenkas Triumph

Doch die Freilassung erfolgte nicht. Diese Verzögerungstaktik lässt sich mit persönlichen Faktoren erklären. Die belarussische Politik wird in vielem durch die Psychologie Lukaschenkas bestimmt. Angespornt durch die verhaltene Reaktion Moskaus folgte der belarussische Präsident, dass er einen moralischen, politischen und psychologischen Sieg über Wladimir Putin errungen habe. Die belarussischen staatlichen Medien organisierten ein Feuerwerk der Lobpreisungen anlässlich des historischen Sieges über den mächtigen und hinterhältigen Feind. Eine derart pathetische Ruhmeshuldigung an die Adresse des Präsidenten hat es bei uns schon lange nicht mehr gegeben. In der »Sowjetskaja Belorussija« war beispielsweise am 20. September 2013 zu lesen: »Der Präsident, der das Land verkörpert, hat die Herausforderung angenommen und nicht vor der unglaublichen erpresserischen Gewalt kapituliert, er ist nicht zu Kreuze gekrochen und hat sich nicht angebeerdigt, sondern ist mit offenem Visier, wie die Schöpfer der Heldenepen schreiben, in den Kampf gezogen und hat gewonnen«. Mit anderen Worten: Ein echter Recke.

In dem Gefühl des Sieges entschloss sich Aljaksandr Lukaschenka Vabanque zu spielen und erhöhte seinen Einsatz im Spiel deutlich. Denn wie stets sah er die Nachgiebigkeit des Gegners für Schwäche an und strebte einen vollständigen, unzweifelhaften Sieg im Kali-Krieg an. Für Lukaschenka ist es nicht genug, den Feind zu Fall zu bringen, er muss ihn auch noch mit den Füßen zertreten. Lukaschenka wollte in vollem Umfange die Erniedrigung der russischen Führung genießen. Hierzu fuhr er zunächst am 23. September nach Sotschi zur Sitzung des Kollektiven Verteidigungspaktes, während Baumgertner weiter im Gefängnis saß, so dass Lukaschenka vom Siegespodest auf Wladimir Putin herabblicken konnte.

Die nächste Etappe war psychologisch noch wichtiger. Lukaschenko erwartete, dass der russische Präsident zum gemeinsamen belarussisch-russischen Manöver am 26. September nach Belarus kommen würde, ohne dass die Häftlingsfrage gelöst wäre. Wladimir Putin war der heikle und doppelbödige Charakter der Situation, in die Lukaschenka ihn gebracht hatte, vollkommen klar. Offensichtlich machte er die Entlassung Baumgertners zur Bedingung seiner Reise nach Belarus, doch Lukaschenka wollte nicht nachgeben. Daher wurde eine Kompromisslösung gefunden, mit der in diesem Augenblick

beide Seiten leben konnten: Baumgertner wurde aus dem Gefängnis entlassen und unter Hausarrest gestellt.

Am 24. Oktober kam Putin nochmals zum GUS-Gipfel nach Minsk, während der Generaldirektor von »Uralkali« sich weiterhin unter Arrest befand. Für das offizielle Minsk ist es nun wichtig, eine Pause einzulegen und Baumgertner noch eine Weile weiter festzuhalten. Denn jeder zusätzlicher Tag, den Baumgertner unter Arrest verbirgt, bedeutet eine weitere Portion an psychologischem Doping durch das erhebende Gefühl, die Führung eines Landes mit Großmachtanspruch zu erniedrigen.

Erfolgreiche Geiselnahme

Nach der Verhaftung Baumgertners hatten die russischen liberalen Medien empört geschrieben, dass Geisel-

nahme nicht zivilisiert sei und die belarussischen Behörden mittelalterliche Methoden anwenden würden, dass Lukaschenka sich nicht angemessen verhalte etc. Doch die Reaktion des Kremls zeigt, dass das Instrument der Geiselnahme im Falle Russlands funktioniert. Moskaus Versuche, Lukaschenka friedlich zu stimmen, haben dieses Instrument faktisch legitimiert. Im Falle der Beziehungen zur EU ist Lukaschenkas Handel mit politischen Gefangenen nicht erfolgreich. Doch für Russland hat Lukaschenka eine verständliche Sprache gesprochen. Denn diese wird auch von den russischen Oligarchen verwendet, die dem Kreml nahestehen, um die sie interessierenden wirtschaftlichen Filetstücke für ihr Geschäft herauszupressen.

Übersetzung aus dem Russischen von Astrid Sahn

Über den Autor:

Walerij Karbalewitsch, geb. 1955, Politikwissenschaftler, arbeitet für das Minsker Analysezentrum »Strategija« und beschäftigt sich mit dem politischen System, der Zivilgesellschaft sowie der Außen- und Sicherheitspolitik von Belarus. Als politischer Beobachter kommentiert er außerdem wöchentlich aktuelle Entwicklungen in der Zeitung »Swobodnye nowosti-plus«.

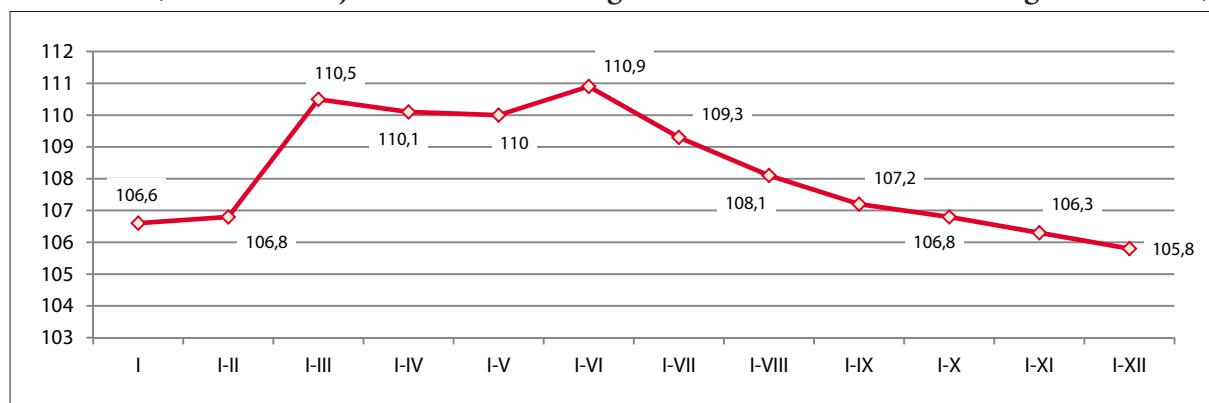
Lesetipps:

- Robert Kirchner: Turbulenzen auf dem Kali-Weltmarkt: Auswirkungen auf Belarus, Newsletter des German Economic Team Belarus, Ausgabe 24, Juli–August 2013, <http://get-belarus.de/download/Newsletter/2013/Newsletter_24_2013_GET%20Belarus.pdf>
- Kamil Kłysiński / Agata Wierzbowska-Miazga: A Russian-Belarusian conflict against a backdrop of potassium fertilisers, in: EastWeek, Newsletter of the Warsaw Center for Eastern Studies, 4.9.2013, <<http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/eastweek/2013-09-04/a-russianbelarusian-conflict-against-a-backdrop-potassium-fertilisers>>

STATISTIK

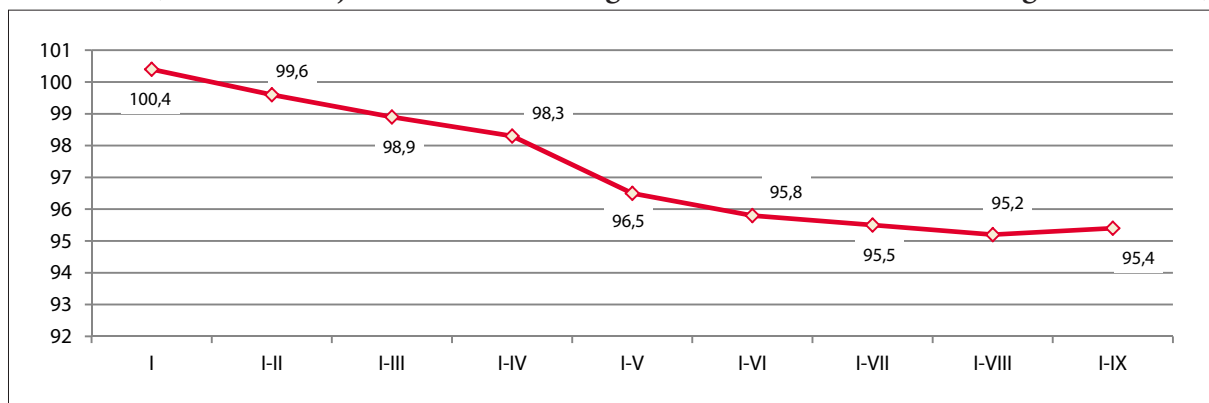
Außenhandel und Kaliexport

Grafik 1: Entwicklung der Industrieproduktion
(in % zum Vorjahreszeitraum in vergleichbaren Preisen, 2012 im Vergleich zu 2011)



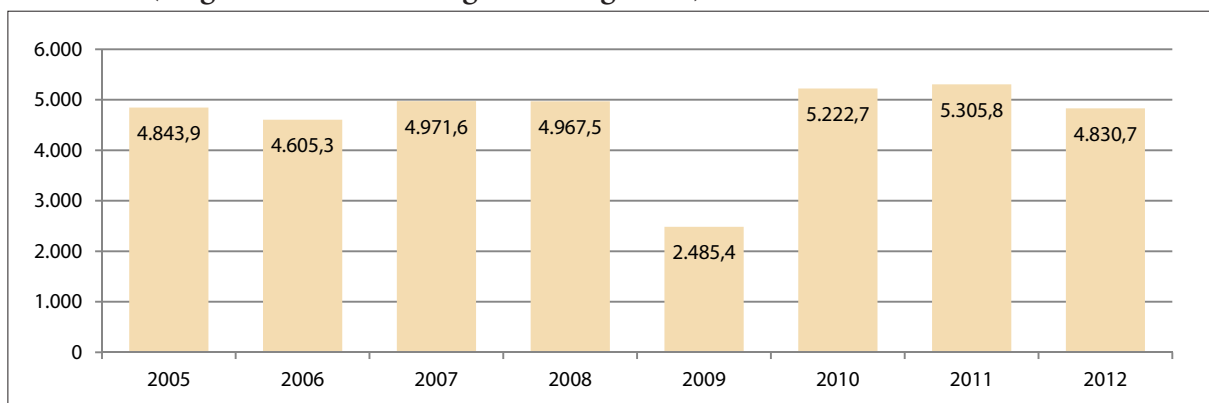
Quelle: *Sozialno-ekonomitscheskoje poloshenie Respubliki Belarus w janwarje–sentjabre 2013 g., Promyslennost*, <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/doclad/2013_9/5.pdf>

Grafik 2: Entwicklung der Industrieproduktion
(in % zum Vorjahreszeitraum in vergleichbaren Preisen, 2013 im Vergleich zu 2012)



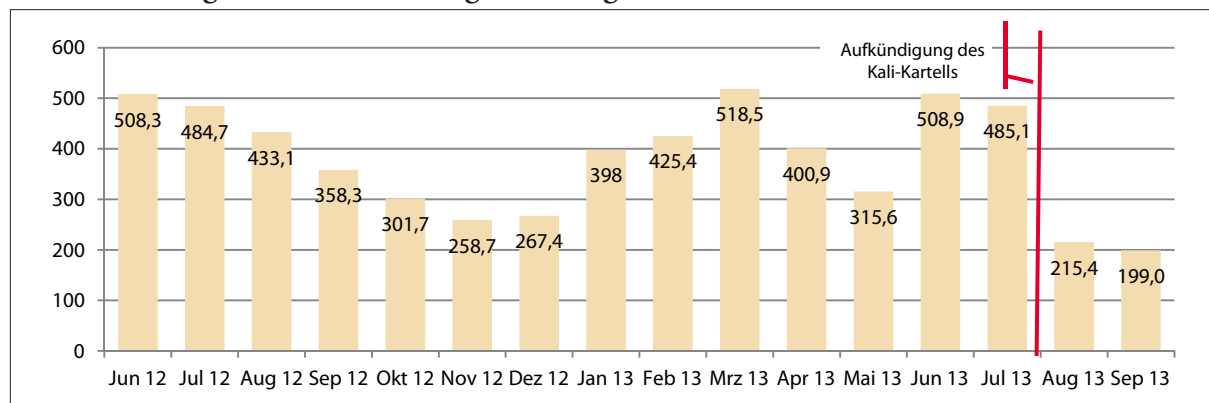
Quelle: Sozialno-ekonomitscheskoje poloshenie Respubliki Belarus w januarje–sentjabre 2013 g., Promyschlennost, <http://belstat.gov.by/homepage/ru/indicators/doclad/2013_9/5.pdf>

Grafik 3: Produktion von Kalidünger 2005–2012 in 1000 t
(umgerechnet auf 100%ige Nährstoffe)

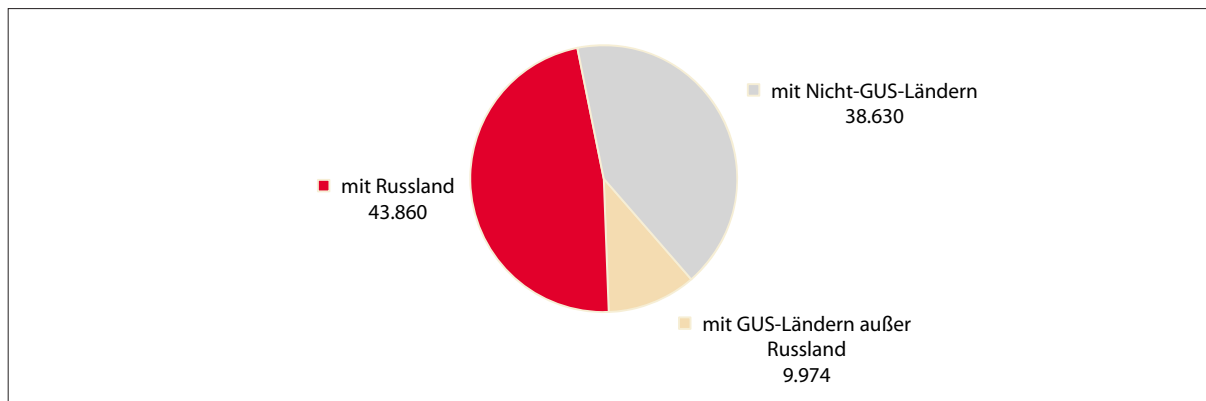


Quelle: Nazionalny statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Promyschlennost Respubliki Belarus, Minsk 2013, S. 144

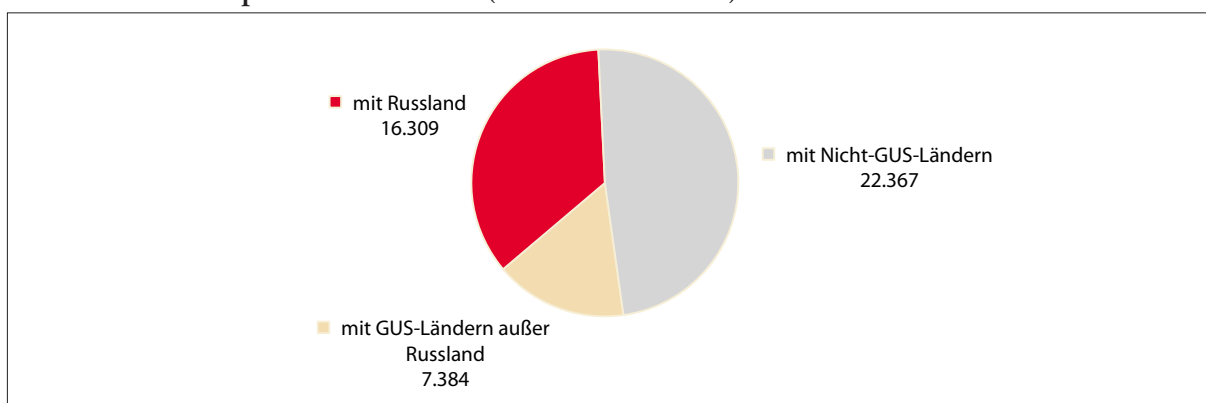
Grafik 4: Produktion von Kalidünger Juni 2012 – August 2013 in 1000 t
(umgerechnet auf 100%ige Nährstoffe)



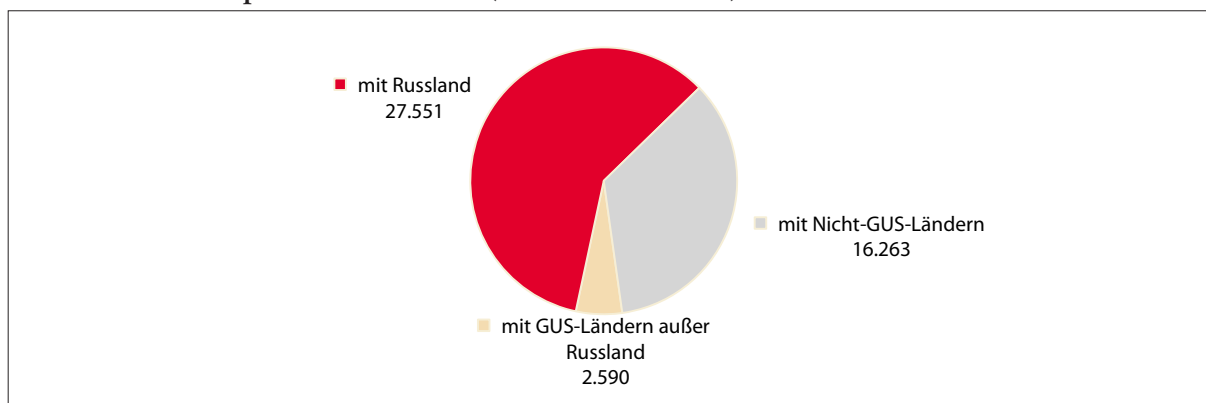
Quelle: Nazionalny statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Sozialno-ekonomitscheskoje poloshenie Respubliki Belarus, Promyschlennost, monatliche Berichte unter <belstat.gov.by>

Grafik 5: Der Außenhandel Belarus' 2012 (in Mio. US-Dollar)

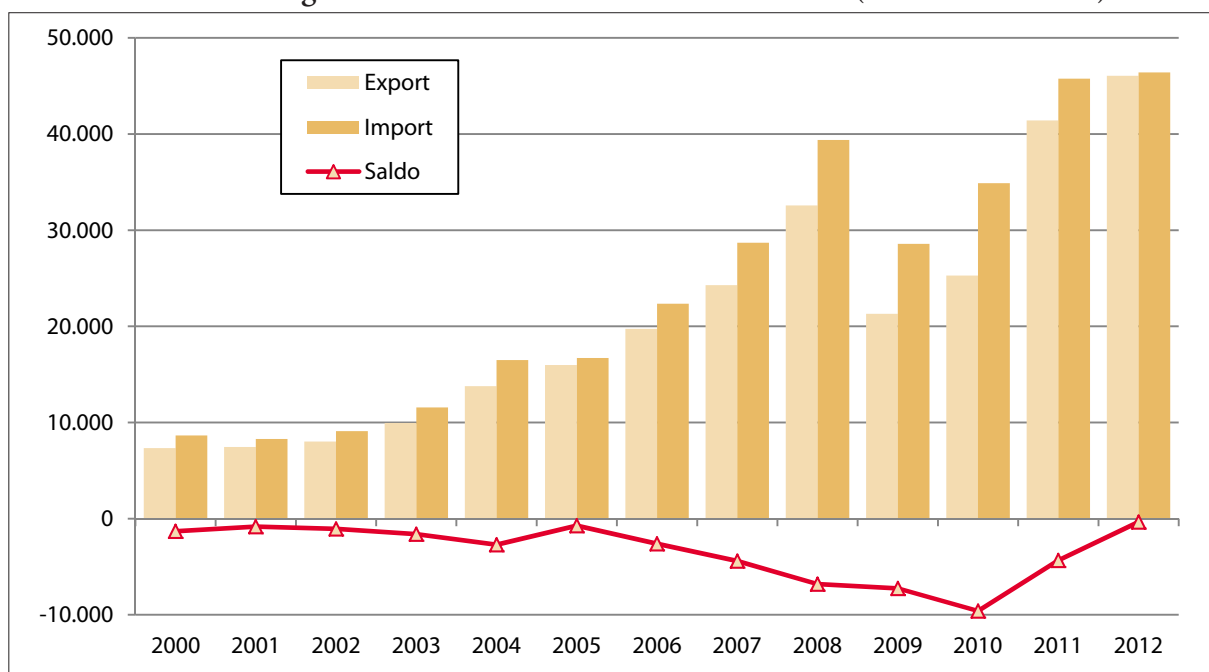
Quelle: Nazionalny statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Osnownye pokazateli wneschnei torgowli, <belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php>

Grafik 6: Der Export Belarus' 2012 (in Mio. US-Dollar)

Quelle: Nazionalny statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Osnownye pokazateli wneschnei torgowli, <belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php>

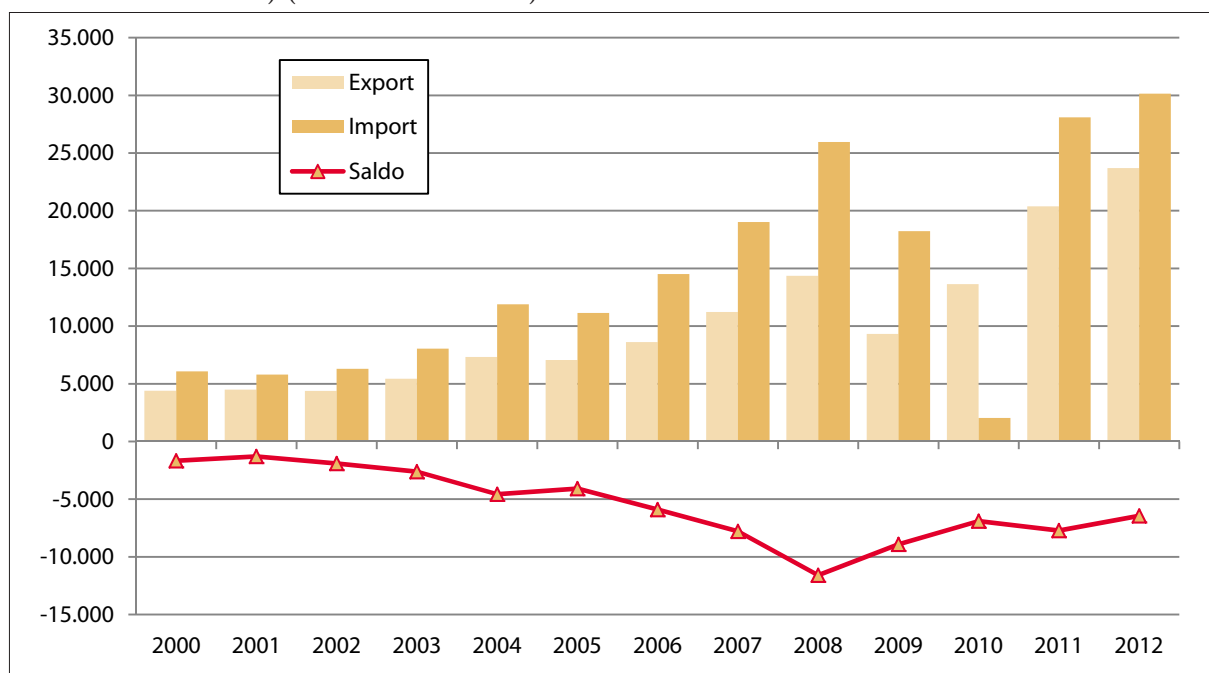
Grafik 7: Der Import Belarus' 2012 (in Mio. US-Dollar)

Quelle: Nazionalny statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Osnownye pokazateli wneschnei torgowli, <belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php>

Grafik 8: Entwicklung des Außenhandels bei Waren 2000–2012 (in Mio. US-Dollar)

Für die Daten, die der Grafik zugrunde liegen, siehe Tabelle 1 auf S. 12.

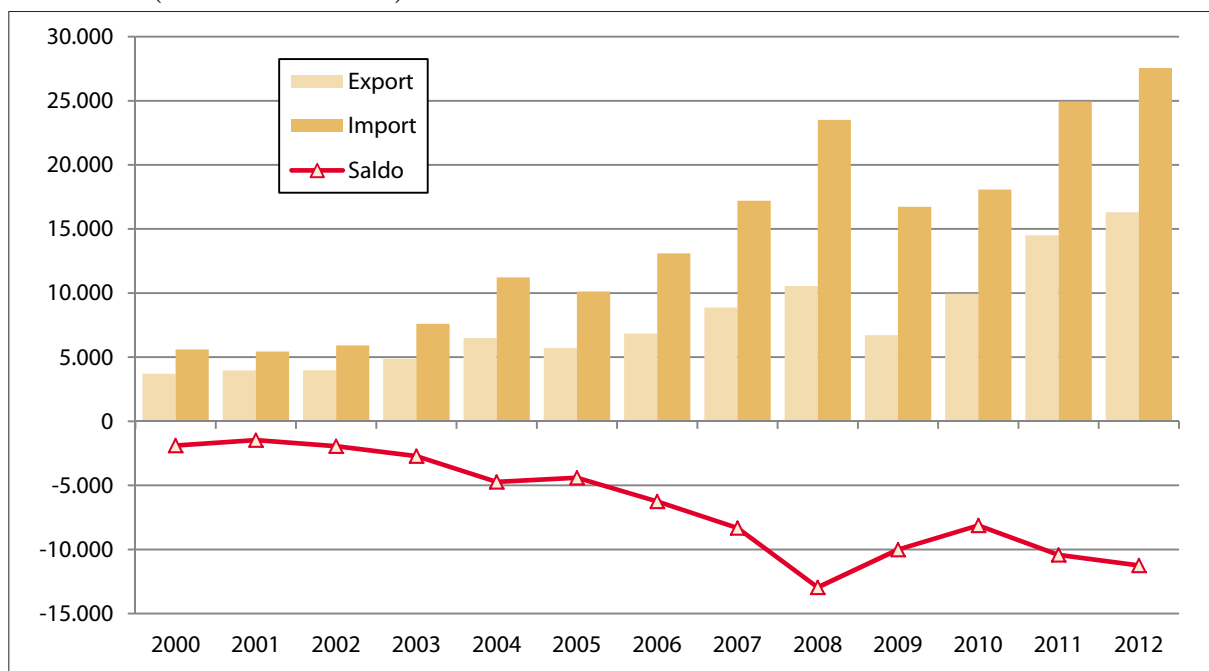
Quelle: *Nazionalny statisticheski komitet Respubliki Belarus: Osnownye pokazateli wneschnei torgowli*, belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php

Grafik 9: Entwicklung des Außenhandels bei Waren 2000–2012 mit GUS-Ländern (inklusive Russland) (in Mio. US-Dollar)

Für die Daten, die der Grafik zugrunde liegen, siehe Tabelle 1 auf S. 12.

Quelle: *Nazionalny statisticheski komitet Respubliki Belarus: Osnownye pokazateli wneschnei torgowli*, belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php

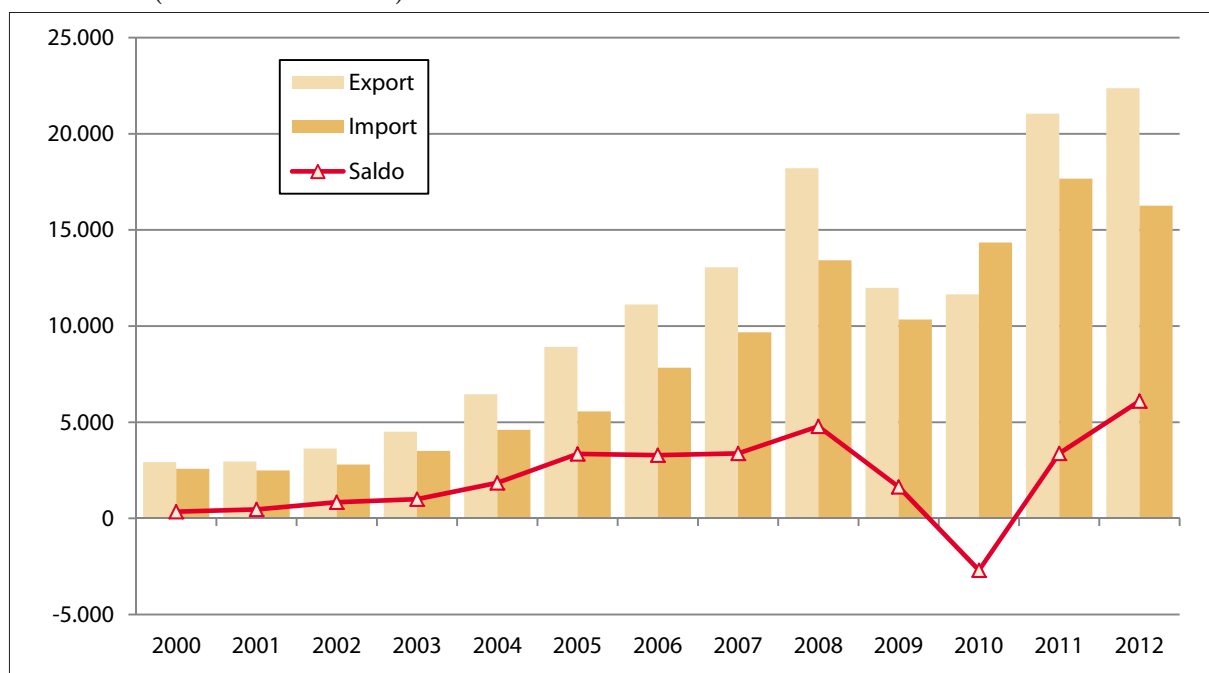
Grafik 10: Entwicklung des Außenhandels bei Waren 2000–2012 mit Russland
(in Mio. US-Dollar)



Für die Daten, die der Grafik zugrunde liegen, siehe Tabelle 1 auf S. 12.

Quelle: *Nazionalny statisticheski komitet Respubliki Belarus: Osnownye pokazateli wneschnei torgowli*,
<belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php>

Grafik 11: Entwicklung des Außenhandels bei Waren 2000–2012 mit Nicht-GUS-Ländern
(in Mio. US-Dollar)



Für die Daten, die der Grafik zugrunde liegen, siehe Tabelle 1 auf S. 12.

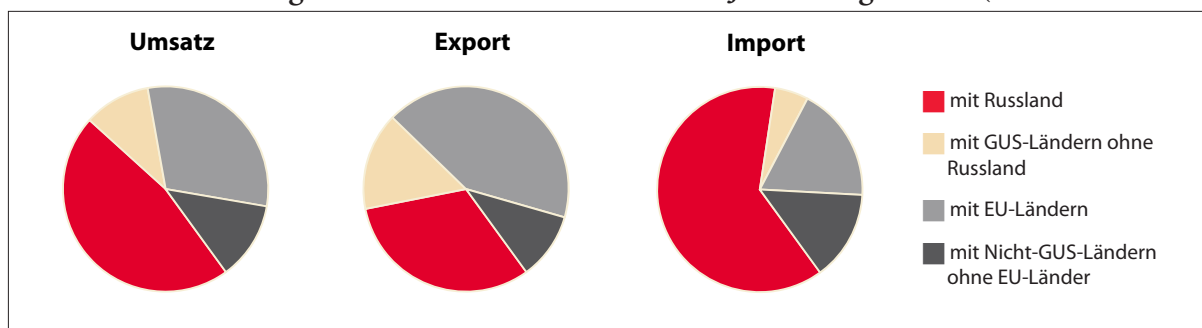
Quelle: *Nazionalny statisticheski komitet Respubliki Belarus: Osnownye pokazateli wneschnei torgowli*,
<belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php>

Tabelle 1: Entwicklung des Außenhandels bei Waren 2000–2012 (in Mio. US-Dollar)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Insgesamt	15.972	15.737	17.113	21.504	30.265	32.687	42.085	52.968	71.952	49.873	60.168	87.178	92.464
Export	7.326	7.451	8.021	9.946	13.774	15.979	19.734	24.275	32.571	21.304	25.284	41.419	46.060
Import	8.646	8.286	9.092	11.558	16.491	16.708	22.351	28.693	39.381	28.569	34.884	45.759	46.404
Saldo	-1.320	-835	-1.071	-1.612	-2.717	-729	-2.617	-4.418	-6.810	-7.265	-9.600	-4.340	-344
mit GUS-Ländern	10.469	10.291	10.679	13.484	19.201	18.202	23.121	30.237	40.317	27.540	34.172	48.470	53.834
Export	4.399	4.494	4.384	5.435	7.318	7.060	8.609	11.221	14.360	9.316	13.636	20.375	23.693
Import	6.070	5.797	6.295	8.049	11.883	11.142	14.512	19.016	25.957	18.224	2.036	28.095	30.141
Saldo	-1.671	-1.303	-1.911	-2.614	-4.565	-4.082	-5.903	-7.795	-11.597	-8.908	-6.900	-7.720	-6.448
darunter mit Russland	9.315	9.401	9.899	12.482	17.704	15.834	19.944	26.084	34.059	23.444	28.035	39.439	43.860
Export	3.710	3.963	3.977	4.880	6.485	5.716	6.845	8.879	10.552	6.718	9.954	14.509	16.309
Import	5.605	5.438	5.922	7.602	11.219	10.118	13.099	17.205	23.507	16.726	18.081	24.930	27.551
Saldo	-1.895	-1.475	-1.945	-2.722	-4.734	-4.402	-6.254	-8.326	-12.955	-10.008	-8.127	-10.421	-11.242
mit Nicht-GUS-Ländern	5.503	5.446	6.434	8.020	11.064	14.485	18.964	22.731	31.635	22.333	25.996	38.708	38.630
Export	2.927	2.957	3.637	4.511	6.456	8.919	11.125	13.054	18.211	11.988	11.648	21.044	22.367
Import	2.576	2.489	2.797	3.509	4.608	5.566	7.839	9.677	13.424	10.345	14.348	17.664	16.263
Saldo	351	468	840	1.002	1.848	3.353	3.286	3.377	4.787	1.643	-2.700	3.380	6.104

Quelle: *Nazionalny statisticheski komitet Respubliki Belarus: Osnovnye pokazateli wneschnoi torgowli*, <belstat.gov.by/homep/ru/indicators/fradel.php>

Grafik 12: Entwicklung der Außenhandelsbilanz bei Waren Januar–August 2012 (in Mio. US-Dollar)



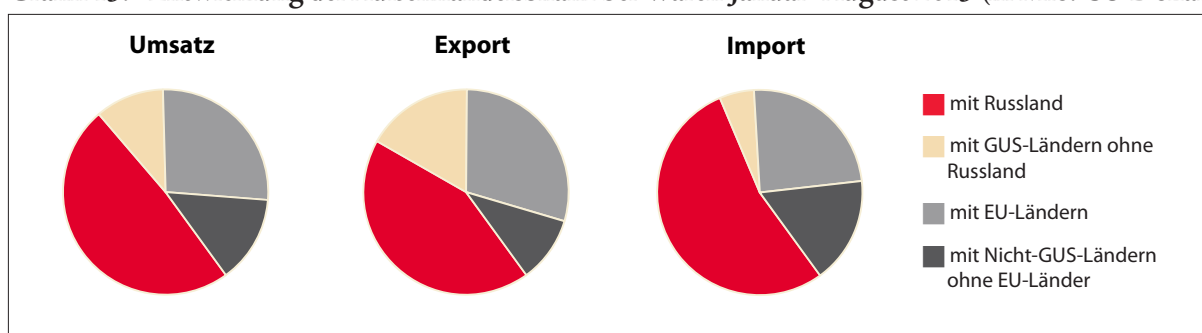
Quelle: Nazionalny statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Balans wneschnei torgowli towarami Respubliki Belarus, belstat.gov.by/homep/ru/indicators/trade_balance.php

Tabelle 2: Entwicklung der Außenhandelsbilanz bei Waren Januar–August 2012 (in Mio. US-Dollar)

	Umsatz	Export	Import	Saldo
Insgesamt	64.276,6	33.040,4	31.236,2	1.804,2
mit GUS-Staaten	36.761,5	15.620,1	21.141,4	-5.521,3
mit Russland	30.031,1	10.542,0	19.489,1	-8.947,1
mit Nicht-GUS-Staaten	27.515,1	17.420,3	10.094,8	7.325,5
mit EU-Staaten	19.614,1	13.937,4	5.676,7	8.260,7

Quelle: Nazionalny statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Balans wneschnei torgowli towarami Respubliki Belarus, belstat.gov.by/homep/ru/indicators/trade_balance.php

Grafik 13: Entwicklung der Außenhandelsbilanz bei Waren Januar–August 2013 (in Mio. US-Dollar)

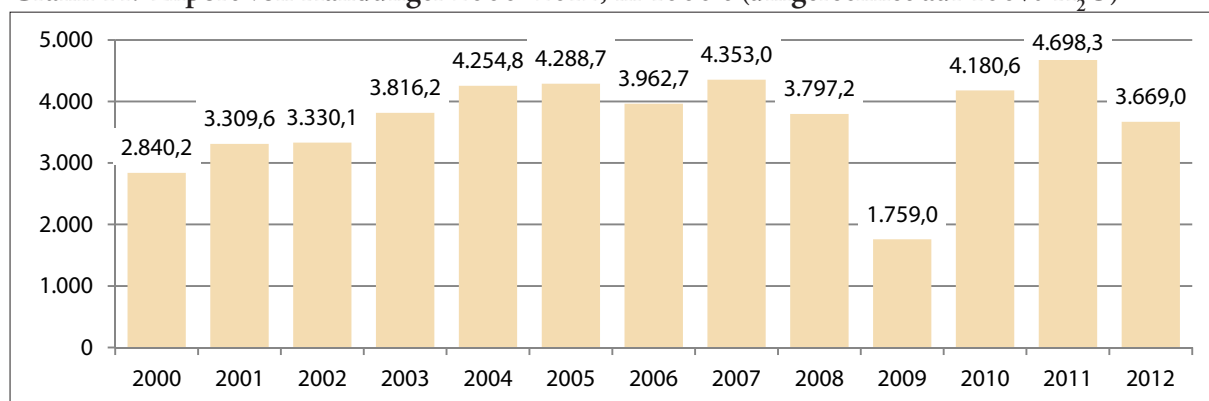


Quelle: Nazionalny statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Balans wneschnei torgowli towarami Respubliki Belarus, belstat.gov.by/homep/ru/indicators/trade_balance.php

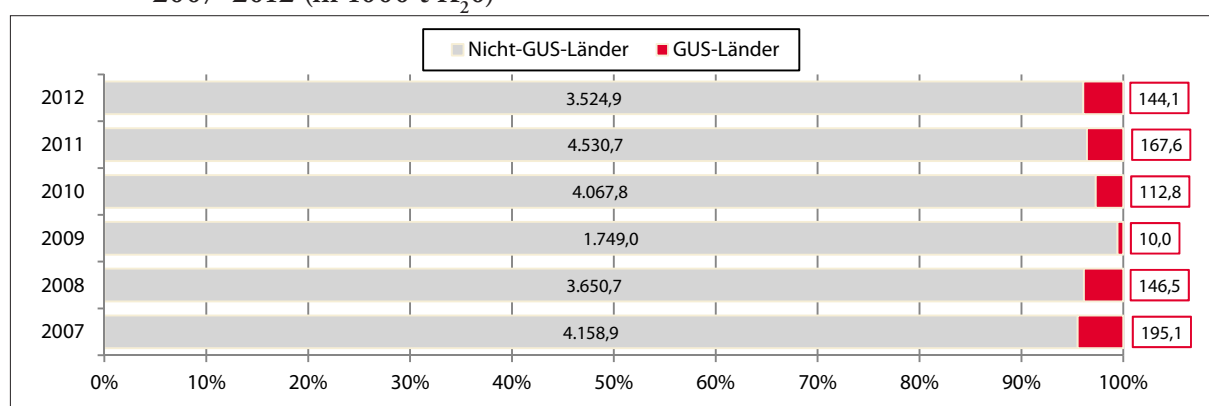
Tabelle 3: Entwicklung der Außenhandelsbilanz bei Waren Januar–August 2013 (in Mio. US-Dollar)

	Umsatz	Export	Import	Saldo
Insgesamt	54.088,5	25.653,7	28.434,8	-2.781,1
mit GUS-Staaten	32.231,5	15.427,6	16.803,9	-1.376,3
mit Russland	26.349,5	11.097,6	15.251,9	-4.154,3
mit Nicht-GUS-Staaten	21.857,0	10.226,1	11.630,9	-1.404,8
mit EU-Staaten	14.409,5	7.555,2	6.854,3	700,9

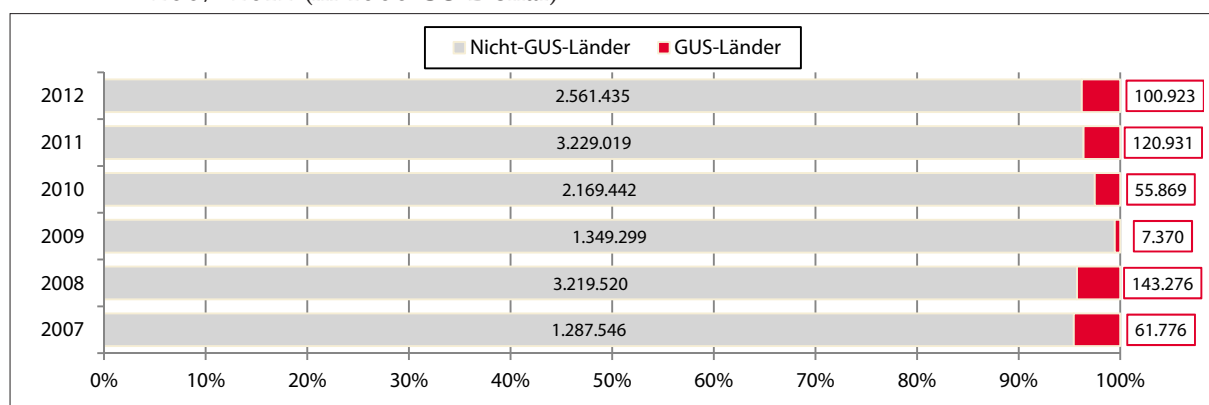
Quelle: Nazionalny statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Balans wneschnei torgowli towarami Respubliki Belarus, belstat.gov.by/homep/ru/indicators/trade_balance.php

Grafik 14: Export von Kalidünger 2000–2012, in 1000 t (umgerechnet auf 100% K₂O)

Quelle: *Nazionalnyj statističeski komitet Respubliki Belarus: Eksport washneischich widow produkcii*, <belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php>

Grafik 15: Anteile am Export von Kalidünger aus Belarus von GUS- und Nicht-GUS-Ländern 2007–2012 (in 1000 t K₂O)

Quelle: *Nazionalnyj statističeski komitet Respubliki Belarus: Wneschnaja torgowlja Respubliki Belarus, Minsk 2010, S. 172ff.; Minsk 2013, S. 140*

Grafik 16: Anteile am Export von Kalidünger aus Belarus von GUS- und Nicht-GUS-Ländern 2007–2012 (in 1000 US-Dollar)

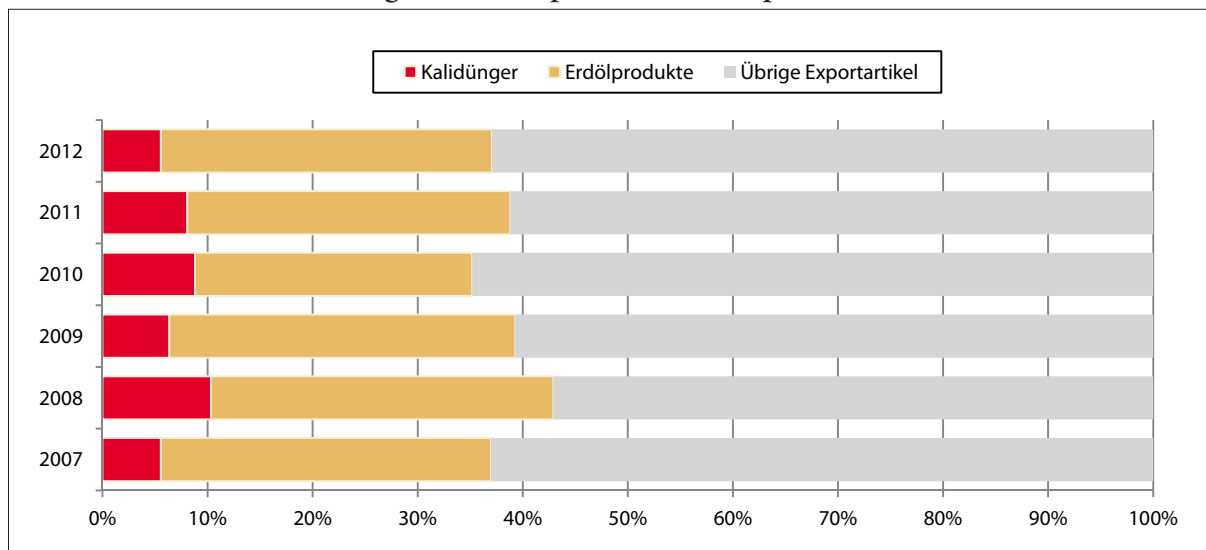
Quelle: *Nazionalnyj statističeski komitet Respubliki Belarus: Wneschnaja torgowlja Respubliki Belarus, Minsk 2010, S. 172ff.; Minsk 2013, S. 140*

Tabelle 4: Export von Kalidünger 2007–2012 (in 1000 t K₂O und 1000 US-Dollar)

	2007		2008		2009		2010		2011		2012	
	Menge	Preis	Menge	Preis	Menge	Preis	Menge	Preis	Menge	Preis	Menge	Preis
GUS-Länder	195,1	61.776	146,5	143.276	10,0	7.370	112,8	55.869	167,6	120.931	144,1	100.923
Nicht-GUS-Länder	4.158,9	1.287.546	3.650,7	3.219.520	1.749,0	1.349.299	4.067,8	2.169.442	4.530,7	3.229.019	3.524,9	2.561.435
Insgesamt	4.354,0	1.349.322	3.797,2	3.362.796	1.759,0	1.356.669	4.180,6	2.225.311	4.698,3	3.340.950	3.668,9	2.662.358

Quelle: Nazionalnyj statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Wneschnaja torgowlja Respubliki Belarus, Minsk 2010, S. 172ff.; Minsk 2013, S. 140

Grafik 17: Anteil von Kalidünger und Erdölprodukten am Export 2007–2012 (in 1000 US-Dollar)

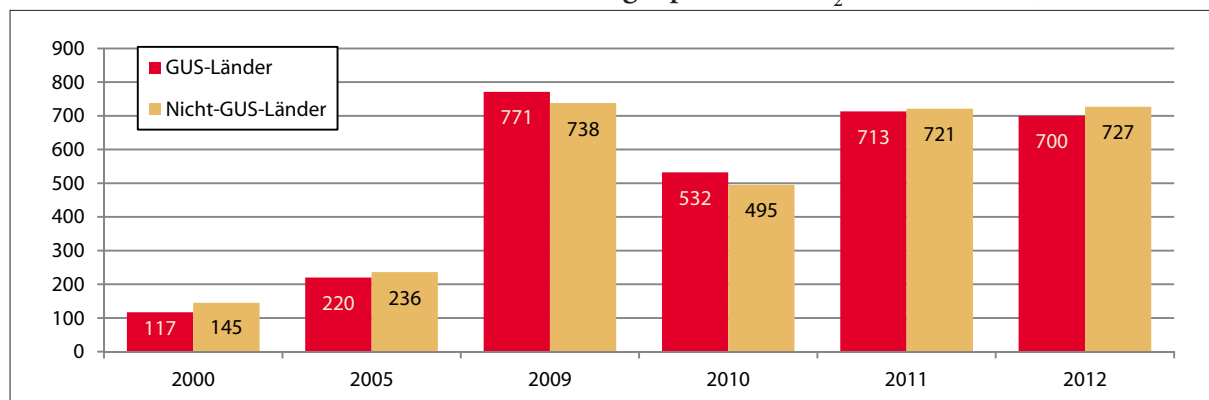


Quelle: Nazionalny statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Wneschnaja torgowlja Respubliki Belarus, Minsk 2010, S. 172ff.; Minsk 2013, S. 135, 137, 140

Tabelle 5: Anteil von Kalidünger und Erdölprodukten am Export 2007–2012 (in 1000 US-Dollar)

	2007		2008		2009		2010		2011		2012	
	1000 USD	%	1000 USD	%	1000 USD	%	1000 USD	%	1000 USD	%	1000 USD	%
Kalidünger	1.349.322	5,6	3.362.796	10,3	1.356.669	6,4	2.225.311	8,8	3.340.950	8,1	2.561.435	5,6
Erdölprodukte	7.626.213	31,4	10.612.963	32,6	7.011.581	32,9	6.669.749	26,4	12.732.846	30,7	14.505.047	31,5
Exporteinnahmen ges.	24.275.244		32.570.781		21.304.173		25.285.462		41.418.672		46.059.935	

Quelle: Nazionalny statistitscheski komitet Respubliki Belarus: Wneschnaja torgowlja Respubliki Belarus, Minsk 2010, S. 172ff.; Minsk 2013, S. 135, 137, 140

Grafik 18: Durchschnittlicher Preis für Kalidünger pro Tonne K₂O 2000–2012 (in US-Dollar)

Quelle: Nazionalny statisticheski komitet Respubliki Belarus: Wneschnaja torgowlja Respubliki Belarus, Minsk 2013, S. 162

Tabelle 6: Zentrale Abnehmer von belarussischem Kalidünger 2007–2009 (in 1000 t K₂O)

Land	2007		2008		2009	
	1000 t K ₂ O	US-Dollar	1000 t K ₂ O	US-Dollar	1000 t K ₂ O	US-Dollar
China	1.026,7	272.897	534,8	447.588	k. A.	k. A.
Brasilien	815,0	296.351	1.016,5	980.290	462,8	368.768
Indien	227,7	68.093	433,5	253.399	590,9	437.214
Polen	279,9	95.922	228,4	212.188	64,4	50.247
Norwegen	199,9	53.785	204,7	159.217	116,2	105.045
Belgien	174,8	51.389	148,5	134.360	49,8	45.215
Malaysien	134,2	40.657	92,0	78.411	56,0	33.201
Bangladesch	57,3	29.631	k. A.	k. A.	30,2	21.393

Quelle: Nazionalny statisticheski komitet Respubliki Belarus: Wneschnaja torgowlja Respubliki Belarus, Minsk 2010, S. 172ff; Minsk 2011, S. 191; Minsk 2013, S. 162

Tabelle 7: Zentrale Abnehmer von belarussischem Kalidünger 2010–2012 (in 1000 t K₂O)

Land	2010		2011		2012	
	1000 t K ₂ O	US-Dollar	1000 t K ₂ O	US-Dollar	1000 t K ₂ O	US-Dollar
China	413,3	196.974	490,0	311.582	284,5	197.003
Brasilien	1.164,8	642.157	1.461,9	1.125.041	988,5	767.764
Indien	596,7	297.147	434,4	306.059	325,7	227.507
Polen	234,7	137.733	236,2	170.244	212,7	146.464
Norwegen	217,1	110.956	208,6	130.559	230,9	161.906
Belgien	84,9	45.836	125,7	85.839	142,2	95.046
Malaysien	49,9	26.515	84,2	52.231	173,4	117.144
Bangladesch	85,7	46.581	169,6	118.290	78,6	56.558

Quelle: Nazionalny statisticheski komitet Respubliki Belarus: Wneschnaja torgowlja Respubliki Belarus, Minsk 2010, S. 172ff; Minsk 2011, S. 191; Minsk 2013, S. 162

Vom 16. Juli bis 15. Oktober 2013

19.07.2013	Belarus verhängt ein Einfuhrverbot für Schweinefleisch aus dem russischen Gebiet Smolensk wegen des Auftretens von Schweinegrippe.
19.07.2013	Ein Minsker Gericht hebt alle polizeilichen Auflagen gegen die Journalistin Iryna Chalyp auf. Die Ehefrau des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Andrej Sannikau war in 2011 zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt worden.
21.–24.07.2013	Die stellvertretende Außenministerin Aljona Kuptschina führt in Italien Gespräche mit Vertretern von Regierung und Wirtschaft.
22.07.2013	Außenminister Uladsimir Makej nimmt auf Einladung der EU am Treffen der Außenminister der an der EU-Initiative »Östliche Partnerschaft« beteiligten Länder in Brüssel teil.
23.07.2013	Ein Minsker Gericht hebt alle polizeilichen Auflagen gegen den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und Vorsitzenden der Bewegung »Sag die Wahrheit!« Uladsimir Njakljaeu auf. Njakljaeu war im Mai 2011 zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt worden.
23.–24.07.2013	Der 6. Weltkongress der Belarussen tagt mit über 200 Delegierten in Minsk. Bei der Eröffnung spricht auch Kulturminister Svjatlou. In seinen Resolutionen setzt sich der Kongress u. a. für die Bewahrung des kulturellen Erbes, für eine aktivere Politik der belarussischen Regierung in den Beziehungen zu im Ausland lebenden Belarussen sowie für die Freilassung aller politischen Gefangenen ein.
25.07.2013	In Minsk treffen sich die Leiter der Veterinärbehörden von Belarus, Russland und der Ukraine, um über die Bekämpfung der Schweinegrippe zu beraten. Im Juni haben die belarussischen Behörden erstmals Fälle von Schweinegrippe in den Gebieten Wizebsk und Hrodna gemeldet, in Russland sind ebenfalls Vorfälle bekannt geworden.
25.07.2013	Präsident Lukaschenka ernennt Aljona Kudrawez zur neuen Generaldirektorin der Belarussischen Kali-Vertriebsgesellschaft (BKK). Der bisherige Leiter Walerij Iwanau wird zum stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration ernannt.
27.07.2013	Aljaksandr Lukaschenka bleibt den Feierlichkeiten zum 1025. Jahrestag in Kiew, aus deren Anlass die Präsidenten von Moldowa, Russland und Serbien zu einem Treffen mit Präsident Janukowitsch in die Ukraine kommen, demonstrativ fern. Gleichzeitig ruft er zu umfassenden Reformen der orthodoxen Kirche auf. Die Gottesdienstzeremonien müssten verändert werden, um junge Menschen anzusprechen. Die Zusammenarbeit mit dem Staat müsse enger sein, um die Kirche weiterhin vor westlichen Krankheiten, wie Pädophilie, Homosexualität u. a. zu schützen.
28.07.2013	Metropolit Kirill nimmt an den Feierlichkeiten zum 1025. Jahrestag der Christianisierung der Kiewer Rus in Belarus teil.
30.07.2013	Der russische Konzern »Uralkali« erklärt seinen Ausstieg aus dem 2005 gemeinsam mit dem belarussischen Konzern »Belaruskali« gegründeten Kali-Vertriebskartell. Der Konzern begründet seinen Schritt mit einem Erlass Lukaschenkas vom Dezember 2012, der es »Belaruskali« erlaubt, auch außerhalb des Kartells Kalidünger zu exportieren. Allerdings wird diese Praxis von »Uralkali« ebenfalls angewandt.
08.08.2013	Der stellvertretende Premierminister Michail Rusyj trifft sich mit seinem russischen Amtskollegen Arkadij Dworkowitsch, um die Zusammenarbeit beider Länder bei der Bekämpfung der Schweinegrippe zu besprechen. Weiteres Thema ist die Festlegung von Lieferlimits im Milchhandel. Im ersten Halbjahr 2013 hat Belarus 1,7 Mio. t Milchprodukte nach Russland exportiert. Dies entspricht 95 % aller belarussischen Milchexporte und stellt gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine Steigerung um 22,1 % dar. Insgesamt arbeitet die milchverarbeitende Industrie in Belarus überwiegend für den Export.
10.–18.08.2013	Belarus erringt bei den 14. Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Moskau keine einzige Medaille. Damit wiederholt sich der Misserfolg von der WM in Berlin 2009. In Südkorea hatte Belarus 2011 zumindest eine Silber- und eine Bronzemedaille gewonnen.
21.08.2013	Der seit August 2011 inhaftierte Menschenrechtler Ales Bjaljazki darf erstmals seit Dezember 2012 Besuch von Familienangehörigen empfangen. Zwei frühere zugesagte Besuchstermine waren abgesagt worden, weil Bjaljazki zuvor angeblich gegen die Gefängnisordnung verstoßen hatte.

23.08.2013	Der stellvertretende Premierminister Michail Rusyj berichtet Präsident Lukaschenka über die Fortschritte bei der Bekämpfung der Schweinegrippe. Ihm zufolge ist die Epidemie unter Kontrolle. Allerdings müssten die Behörden sich mehr anstrengen, um der betroffenen Landbevölkerung die Wichtigkeit der getroffenen Vorsorgemaßnahmen zu erklären. Die angeordnete Zwangsschlachtung von privat gehaltenen Schweinen hatte in der Landbevölkerung zu großer Empörung geführt – nicht zuletzt wegen der geringen Entschädigungszahlungen. Laut Rusyj sollen alle Betroffenen nun eine Entschädigung von 18.000 BYR pro kg erhalten sowie die Möglichkeit, Kühe, Schafe und Puten zu Vorzugspreisen zu kaufen.
24.08.2013	Etwa 30 Aktivisten der Bewegung »Sag die Wahrheit« des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Njakljajew werden zu Verhören aus dem Minsker Büro der Bewegung in ein Polizeirevier gebracht und etwa drei Stunden verhört. Anschließend werden sie ohne Anklage entlassen. Die Polizei unterbrach damit ein Training zur Vorbereitung auf die Referendumskampagne, welche die Bewegung gemeinsam mit der Bewegung für die Freiheit von Aljaksandr Milinkewitsch und der Belarussischen Volksfront parallel zu den Lokalwahlen in 2014 plant.
25.–27.08.2013	Eine Delegation aus Sri Lanka unter Leitung von Präsident Mahinda Rajapaksa wird in Belarus auf höchster Ebene empfangen. Während des Besuchs finden ein Wirtschafts- und ein Tourismusforum statt, es werden acht Regierungsabkommen unterzeichnet. Bisher beläuft sich das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern lediglich auf 46,2 Mio. US-Dollar. Im belarussischen Export dominiert dabei Kali-Dünger mit einem Anteil von 99,8%, der Import aus Sri Lanka besteht zu 82,6% aus Tee. Durch die Abkommen soll die wirtschaftliche Kooperation diversifiziert und insbesondere auf den Maschinenbau ausgedehnt werden. Ebenso wird eine Zusammenarbeit im militärtechnischen Bereich angestrebt.
26.08.2013	Der Generaldirektor des russischen Konzerns »Uralkali« Wladislaw Baumgertner wird in Minsk verhaftet. Baumgertner war zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Belarussischen Kali-Vertriebsgesellschaft (BKK), aus der »Uralkali« Ende Juli 2013 ausgestiegen ist. Baumgertner war auf Einladung des belarussischen Premierministers Michail Mjasnikowitsch nach Minsk gekommen. Gleichzeitig werden Untersuchungsverfahren gegen vier weitere Mitarbeiter von »Uralkali« eingeleitet, die ebenfalls Positionen beim BKK-Kartell innehatten. Den Beschuldigten wird Amtsmissbrauch und Schädigung der Interessen von Belarus vorgeworfen.
28.08.2013	Der Vorsitzende der »Jungen Front« Smizer Daschkewitsch wird nach zwei Jahren und acht Monaten Haft aus dem Gefängnis entlassen. Daschkewitsch war am 18.12.2010, d. h. einen Tag vor den Präsidentschaftswahlen verhaftet worden unter dem Vorwurf, handgreiflich gegen zwei Passanten geworden zu sein. Nach seiner Freilassung unterliegt Daschkewitsch weiterhin polizeilichen Auflagen. Daschkewitsch kündigt an, sich weiter politisch zu betätigen.
30.08.2013	Russland verhängt angesichts des Auftretens der Schweinegrippe ein zeitweiliges Einfuhrverbot für Schweine, Schweinefleisch und Schweinefutter aus Belarus. Der erste Fall von Schweinegrippe in Belarus war Ende Juni 2013 im Gebiet Hrodna bekannt geworden. Auch Lettland, Litauen, Polen und die Ukraine haben bereits Einfuhrverbote eingeführt.
01.09.2013	Die erste Tarifstufe für die Gehaltsberechnung im öffentlichen Dienst wird von 250.000 BYR auf 260.000 BYR angehoben. Dies ist die dritte Gehaltsanhebung seit Jahresbeginn. Am 1.1. war eine Anhebung von 225.000 BYR auf 240.000 BYR und am 1.4. auf 250.000 BYR erfolgt.
03.09.2013	Der 23jährige Aljaksandr Franzkewitsch wird nach 3 Jahren Haft entlassen. Franzkewitsch gehört einer anarchistischen Gruppe an, die 2009 und 2010 Molotowcocktails u. a. auf die russische Botschaft und Armeegeäude in Minsk geworfen haben soll. Franzkewitsch steht für weitere sechs Monate unter polizeilicher Beobachtung, die mit ihm Angeklagten Ihar Alinewitsch und Maksim Wetkin, die zu längeren Strafen verurteilt wurden, befinden sich weiterhin in Haft. Die Europäische Union sieht diese Urteile als politisch motiviert an.
03.–05.09.2013	Während seines Besuchs in der Mongolei bespricht Premierminister Michail Mjasnikowitsch mit Präsident Tschiagiin Elbegdordsch Möglichkeiten zur Ausdehnung der bilateralen Zusammenarbeit. Das besondere Interesse der belarussischen Seite gilt der Entwicklung von Transportrouten sowie dem gemeinsamen Aufspüren und anschließendem Abbau von Rohstoffvorkommen in der Mongolei. Hierzu wurde ein erstes Abkommen unterzeichnet, dass Belarus Erkundungsarbeiten in ausgewählten Regionen erlaubt.
05.09.2013	Präsident Lukaschenka ordnet per Erlass die Reorganisation der Belarussischen Kali-Vertriebsgesellschaft an, die nur noch belarussische Kaliprodukte vertreiben soll.
05.09.2013	Der Leiter der Präsidialadministration Andrej Kabjakou trifft sich in Minsk mit dem ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Liu Yunshan. Gegenstand des Gesprächs ist die Umsetzung der während des China-Besuchs von Präsident Lukaschenka im Juli 2013 getroffenen Vereinbarungen.

06.09.2013	Präsident Lukaschenka empfiehlt öffentlich die Einführung einer Ausreisegebühr in Höhe von 100 US-Dollar für Belarussen, die zum Einkaufen ins Ausland fahren. Denn durch dieses Verhalten würden jährlich etwa 3 Mrd. US-Dollar außer Landes und damit die Außenhandelsbilanz aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Belarussen sollten vielmehr einheimische Produkte kaufen. In den folgenden Wochen bespricht die Regierung mögliche Umsetzungsformen der präsidialen Vorgabe. Vize-Premier Prakapowitsch zufolge soll die Abgabe von Personen gezahlt werden, die »alle zwei bis drei Tage zum Einkaufen ausreisen und viele Waren bei sich führen«. Damit soll garantiert werden, dass einfache Touristen nicht betroffen sind, da das Vorhaben auf eine äußerst negative öffentliche Resonanz gestoßen war.
09.09.2013	Die stellvertretende Außenministerin Aljona Kuptschyna führt mit britischen Regierungsvertretern Gespräche zu bilateralen Fragen und zu den Beziehungen zwischen Belarus und der EU.
12.09.2013	Das Europäische Parlament verabschiedet den von der litauischen EU-Abgeordneten Justas Paleckis erstellten Belarus-Bericht, der zuvor bereits zweimal im Auswärtigen Ausschuss diskutiert und überarbeitet worden war.
12.–13.09.2013	Außenminister Uladsimir Makej führt anlässlich eines Treffens zur Östlichen Partnerschaft in Eriwan u. a. Gespräche mit EU-Kommissar Füle und seinem armenischen Amtskollegen Nalbandian. Makej spricht sich dafür aus, dass die wirtschaftliche Kooperation mehr Bedeutung im Rahmen der EU-Initiative erhalten solle, um ihren praktischen Nutzen zu stärken.
22.–23.09.2013	Während der Sitzung des Kollektiven Sicherheitsbündnisses in Sotschi finden drei Gespräche zwischen Aljaksandr Lukaschenka Wladimir Putin statt. Die beiden Präsidenten erreichen jedoch keine Einigung im Kalikonflikt zwischen Belarus und Russland.
21.09.2013	Die Vereinigte Bürgerpartei und die Belarussische Partei der Linken »Gerechte Welt« gründen gemeinsam mit fünf anderen Organisationen die Bürgerallianz für freie und faire Wahlen für ein besseres Leben »Talaka«. Die Allianz beabsichtigt die Lokalwahlen im nächsten Jahr für eine Art Vorwahl zur Bestimmung eines gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2015 zu nutzen. Bereits am 20. Mai 2013 hatten die Bewegungen »Sag die Wahrheit« und »Für die Freiheit« gemeinsam mit der Belarussischen Volksfront ein Kooperationsabkommen für die nächsten Wahlen und die Initiierung eines Volksreferendums abgeschlossen.
23.09.2013	In Minsk findet das erste Treffen der Belarussisch-Ukrainischen Kommission zur Grenzdemarkierung statt. Die ersten Grenzmarkierungen sollen bereits vor Jahresende vorgenommen werden. Damit beginnt die praktische Umsetzung des Grenzabkommens zwischen beiden Ländern, das im Mai 1997 unterzeichnet worden war, doch erst im Juni 2013 in Kraft getreten ist. Insgesamt hat die belarussisch-ukrainische Grenze eine Länge von 1.145 km, so dass die Demarkierung mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird.
23.09.2013	UN-General Sekretär General Ban Ki-moon übergibt den vom UN-Menschenrechtsbeauftragten für Belarus Miklós Haraszi erstellten Bericht zur Menschenrechtslage in Belarus an die Generalvollversammlung. Dem Bericht zufolge hat sich die Menschenrechtslage in Belarus seit den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010 deutlich verschlechtert.
23.09.2013	Eine belarussische Regierungsdelegation nimmt in Brüssel an dem ersten fünftägigen Treffen der Arbeitsgruppe zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der Östlichen Partnerschaftsinitiative der EU teil.
23.09.2013	Ein Hrodnaer Gericht hebt alle Bewährungseinschränkungen gegen den Journalisten Andrzej Poszobut auf. Poszobut war 2011 zu einer dreijährigen Bewährungsstrafe wegen Beleidigung des Präsidenten verurteilt worden. Die OSZE-Medienbeauftragte Dunja Mijatović begrüßt die Gerichtsentscheidung.
24.09.2013	Der russische Generalstaatsanwalt Tschajka führt mit seinem belarussischen Amtskollegen Kanjuk in Minsk Beratungsgespräche zum Fall des inhaftierten Generaldirektors von »Uralkali« Baumgertner.
24.–25.09.2013	Gunnar Wiegand, Direktor der Abteilung für Russland, Östliche Partnerschaft, Zentralasien und OSZE-Kooperation im Europäischen Auswärtigen Dienst trifft sich in Minsk mit der stellvertretenden Außenministerin Aljona Kuptschyna sowie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Journalisten und Oppositionsvertretern. Gegenstand des Gesprächs im Außenministerium waren u. a. die Aufnahme von Verhandlungen über ein Visae erleichterungsabkommen sowie die Teilnahme staatlicher Vertreter am Europäischen Modernisierungsdialo g. Kuptschyna erklärt im Anschluss an das Treffen, dass die Regierungsposition unverändert bleibe. Die Regierung werde dem Modernisierungsdialo g fernbleiben, da sie nicht in die Entwicklung dieses Formats einbezogen worden sei. Wiegand hatte das Gespräch zuvor als »fruchtbar« und »konstruktiv« bezeichnet.
26.09.2013	Der seit dem 26. August inhaftierte Generaldirektor von »Uralkali« Wladislaw Baumgertner wird in der Nacht vom 25. auf den 26. September aus dem KGB-Gefängnis in Hausarrest überführt. Präsident Lukaschenka leugnet, dass die Änderung der Haftbedingung in Verbindung mit dem Besuch von Russland Präsident Putin stehe und beschreibt ihn als Reaktion auf ein Bittschreiben von Baumgertners Mutter.

26.09.2013	Der russische Präsident Wladimir Putin beobachtet zusammen mit seinem belarussischen Amtskollegen Aljaksandr Lukaschenka das alljährliche gemeinsame Manöver beider Länder. Dieses Jahr findet das Manöver vom 20.–26.9. in den Regionen Hrodna und Kaliningrad statt. Geübt wird u. a. der Kampf gegen extremistische Terroreinheiten.
27.09.2013	In Shlobin (Gebiet Homel) findet das diesjährige nationale Erntedankfest statt, bei dem die Bezirke, Unternehmen, Mannschaften und Arbeiter mit den besten Ernteergebnissen ausgezeichnet werden.
29.09.2013	Präsident Lukaschenka erklärt öffentlich, dass die Regierung keine weitere Abwertung des belarussischen Rubels plane, den Kurs aber auch nicht künstlich halten werde. Solange die Bevölkerung ihre Nachfrage nach Devisen zügele, werde die Situation ruhig bleiben.
30.09.2013	Das Sozialministerium bereitet eine Regelung vor, der zufolge Personen ohne offizielle Anstellung bzw. Arbeitslosenregistrierung eine Abgabe für die Nutzung der staatlich finanzierten sozialen Dienste zahlen sollen. Die Maßnahme richtet sich vor allem gegen die etwa 400.000 Personen im arbeitsfähigen Alter, die entweder nicht arbeiten oder inoffiziellen Beschäftigungen im In- und Ausland nachgehen. Eine entsprechende Abgabe war bereits im Dezember 2012 von Vizepremier Tosik und im Juli 2013 von Premierminister Mjasnikowitsch erwogen worden.
30.09.2013	Der inhaftierte Menschenrechtler Ales Bjalzskij wird von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats mit dem Vaclav Havel-Menschenrechtspreis ausgezeichnet. An der Zeremonie nimmt die Ehefrau Bjalzskijs teil.
30.09.2013	Außenminister Uladsimir Makej kritisiert in seiner Rede bei der Generalvollversammlung der Vereinten Nationen die internationalen Sanktionen gegen Belarus, Kuba und einige andere Länder.
01.10.2013	Der Ticketpreis für öffentliche Verkehrsmittel in Minsk steigt von 2000 BYR auf 2.500 BYR.
02.10.2013	Die Repräsentantenkammer verabschiedet in erster Lesung die von der Zentralen Wahlkommission vorgeschlagenen Änderungen des Wahlkodex. Bei den Parlamentswahlen soll zukünftig das einfache Mehrheitswahlrecht gelten, so dass alle Direktmandate in einem Wahlgang vergeben werden. Die Kandidaten erhalten zukünftig keine Möglichkeit zur Präsentation ihrer Programme im Radio und keine staatlichen Gelder für den Druck von Wahlkampfmaterialien, stattdessen sollen die Wahlkommissionen die Wähler über alle Kandidaten informieren. Der Aufruf zum Wahlboykott wird verboten. Weitere Änderungen betreffen die Höhe der privaten Wahlkampfbudgets der Kandidaten sowie die Aufgabenteilung zwischen den Wahlkommissionen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene u. a.
02.10.2013	Im Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie der Parlamentarischen Versammlung des Europarats findet eine Anhörung zu Belarus statt, zu der Natallja Radsina, Chefredakteurin der Homepage charter.97.org und Aleh Lahwinez, stellvertretender Vorsitzender der Bewegung »Für die Freiheit«, als Redner eingeladen sind. Der Ausschuss erklärt, dass die Freilassung der politischen Gefangenen, ein Moratorium für die Anwendung der Todesstrafe sowie demokratische Reformen Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Dialogs mit Belarus seien.
03.–04.10.2013	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich während seines Staatsbesuchs in Astana mit seinem kasachischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew. Im Mittelpunkt der Reise stehen praktische Kooperationsfragen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung. Es werden u. a. Kooperationsabkommen zur Kooperation der präsidentialen Verwaltungsakademien beider Länder und ein gemeinsamer wirtschaftlicher Aktionsplan für 2014–16 unterzeichnet. In einer gemeinsamen Erklärung bezeichnen beide Präsidenten zudem die Anwendung von internationalen Sanktionen gegen andere Länder als nicht akzeptabel.
04.–05.10.2013	In Chişinău findet das fünfte Zivilgesellschaftliche Forum im Rahmen der Östlichen Partnerschaftsinitiative der EU mit über 250 Teilnehmern statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen stehen die Frage der Unterzeichnung von Assoziationsabkommen zwischen der EU und einigen Ländern der Östlichen Partnerschaft und die Vorbereitung des EU-Gipfels in Vilnius. Zum neuen nationalen Koordinator für Belarus wird der Leiter des Zentrums für Europäische Transformation Andrej Jahorau gewählt.
23.09.2013	Das Informationsministerium entzieht dem privaten Minsker Verlag Lohinau die Lizenz, da es den Band mit Pressefotos des Jahres 2011 gedruckt habe, die als »extremistisch« zu bewerten seien. Der Verlagseigentümer richtet daraufhin einen öffentlichen Appell an den Informationsminister, diese Entscheidung zu revidieren, da kein Gesetzesverstoß nachgewiesen sei.
07.10.2013	Aljaksandr Lukaschenka empfängt den ukrainischen Premierminister Asarow. Der Präsident äußert seine Hoffnung, dass die Ukraine auch nach der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der EU eine Formel für die Zusammenarbeit mit der Zollunion finden werde. Diese Frage solle nicht zu sehr politisiert werden. Er betont, dass die Länder der Zollunion, die Ukraine gerne als gleichberechtigtes Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion begrüßen würden.

07.10.2013	Der zu sechs Jahren Haft verurteilte ehemalige Präsidentschaftskandidat Mikalaj Statkewitsch teilt über seine Ehefrau mit, dass er im Gefängnis keine medizinische Behandlung mehr in Anspruch nehmen werde, um der Gefängnisadministration keinen Anlass für zusätzliche Druckausübung zu geben. Zudem habe er den Verdacht, dass die Verantwortlichen an einer Verschlechterung seines Gesundheitszustands interessiert seien. Statkewitsch hat sich bisher geweigert, ein Gnadengesuch an den belarussischen Präsidenten zu richten.
08.10.2013	Der ukrainische Premierminister Asarow trifft sich in Minsk mit seinem belarussischen Amtskollegen Mjasnikowitsch. Es werden mehrere Kooperationsabkommen unterzeichnet, darunter ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Ausbildung von AKW-Personal sowie eine »Roadmap« für die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit bis 2015. Die Beziehungen sind allerdings weiterhin nicht konfliktfrei. So haben ukrainische Lebensmittelhersteller ihre Regierung gebeten, die Lebensmitteleinfuhren aus Belarus auf ein Minimum zu beschränken. Es gäbe einen hohen Anteil von illegalen Importen.
08.–9.10.2013	Der israelische Landwirtschaftsminister Ja'ir Schamir trifft sich in Minsk u. a. mit Außenminister Uladsimir Makej. Beide Seiten zeigen sich zufrieden mit der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern, diese seien aber weiterhin ausbaufähig.
11.10.2013	In Minsk findet die traditionelle Pressekonferenz Lukaschenkas mit russischen Journalisten statt, die diesmal 5,5 Stunden dauert.
14.10.2013	Das Finanzministerium und die Nationalbank veröffentlichen einen Plan für strukturelle Wirtschaftsreformen. Damit sollen offensichtlich die Voraussetzungen für den Erhalt eines neuen IWF-Kredits geschaffen werden. Eine IWF-Delegation wird ab 17. Oktober das Land besuchen.
15.10.2013	Der Schwede Christian Holm wird neuer Vorsitzender der Belarus-Arbeitsgruppe der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Holm tritt die Nachfolge von Uta Zapf an, die bei den jüngsten Bundestagswahlen nicht mehr angetreten war und dementsprechend auch nicht mehr in der Parlamentarischen Versammlung vertreten ist. Holm will sich u. a. für die Wiedereröffnung des OSZE-Büros in Minsk einsetzen.
15.10.2013	Das litauische Außenministerium übergibt Einladungen zum EU-Gipfel in Vilnius an Diplomaten aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Die Einladungen sind allgemein an die Länder und nicht an konkrete Personen gerichtet.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Belarus-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Astrid Sahn (verantwortlich)

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>



Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der **Belarus Perspektiven** sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die **Belarus Perspektiven** beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der **Belarus Perspektiven** finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de